

# Die Rechtsprechung des EuGH im Jahr 2015: Unionsbürgerschaft, Diskriminierungsverbot, Grundfreiheiten und Gleichstellungsrecht

*Astrid Epiney, Freiburg i.Ue.\**

Dieser Beitrag wurde erstmals wie folgt veröffentlicht:

**Astrid Epiney, Die Rechtsprechung des EuGH im Jahr 2015 – Unionsbürgerschaft, Diskriminierungsverbot, Grundfreiheiten und Gleichstellungsrecht, NVwZ 2016, S. 503-511. Es ist möglich, dass die in der in der NVwZ publizierte Version – die allein zitierfähig ist – im Verhältnis zu diesem Manuskript geringfügige Modifikationen enthält.**

Der vorliegende Beitrag gibt – im Anschluss an den vorherigen Bericht (NVwZ 2015, 777) – einen Überblick über wichtige grundsätzliche Urteile des *EuGH* aus dem Jahr 2015 und damit auch über die Rechtsentwicklung in der EU. Thematisch erfolgt eine Beschränkung auf gewisse materiellrechtliche Aspekte (Unionsbürgerschaft und Diskriminierungsverbot aus Gründen der Staatsangehörigkeit, Grundfreiheiten – mit Ausnahme der Kapitalverkehrsfreiheit sowie spezifisch steuerrechtlicher Aspekte – und die Gleichstellung von Mann und Frau). Der Akzent liegt auf der Zusammenfassung der neueren Entwicklungen und ggf. einer kurzen Kommentierung.

## I. Unionsbürgerschaft und allgemeines Diskriminierungsverbot

### 1. Aufenthaltsrecht drittstaatsangehöriger Familienmitglieder von Unionsbürgern

Die sog. Unionsbürgerrichtlinie (RL 2004/38) sieht auch diverse Aufenthaltsrechte von Familienangehörigen von Unionsbürgern vor, dies unabhängig davon, ob sie Unionsbürger oder Drittstaatsangehörige sind. In der Rs. C-218/14<sup>1</sup> ging es um das Aufenthaltsrecht von drittstaatsangehörigen Familienangehörigen von Unionsbürgern im Aufnahmestaat nach der Auflösung der Familienbande (Ehe) durch Scheidung und nach dem Wegzug der Unionsbürger aus dem betreffenden Mitgliedstaat. Unter Bezugnahme auf seine bisherige Rechtsprechung<sup>2</sup> betont der *Gerichtshof* zunächst die Akzessorität des Aufenthaltsrechts des Familienangehörigen. Daher kommen Aufenthaltsrechte nur für Familienangehörige von Unionsbürgern, die sich selbst in einen anderen Mitgliedstaat begeben als denjenigen, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzen, zum Zuge, und die Familienangehörigen müssen zudem den Unionsbürger „begleiten“, so dass sie in demselben Mitgliedstaat wie der Unionsbürger wohnen müssen. Da in den Ausgangsfällen einerseits die Ehen bereits geschieden und andererseits die Ehegatten der Kläger, die Unionsbürger waren, den Aufnahmemitgliedstaat verlassen hatten, konnten die Kläger folglich kein Recht auf Aufenthalt nach Art. 7 II RL 2004/38 mehr geltend machen. Allerdings sieht Art. 13 II Uabs. 1 lit. a RL 2004/38 vor, dass

---

\* Die Autorin ist Professorin und geschäftsführende Direktorin des Instituts für Europarecht der Universität Fribourg/CH. Herrn Rechtsassessor *Robert Mosters* sei herzlich für die kritische Durchsicht des Manuskripts gedankt.

<sup>1</sup> *EuGH*, Rs. C-218/14, Urt. v. 16.7.2015, ECLI:EU:C:2015:476 – Singh u.a.

<sup>2</sup> S. insbesondere *EuGH*, Rs. C-456/12, ECLI:EU:C:2014:135 – O. und B.; *EuGH*, Rs. C-40/11, ECLI:EU:C:2012:691 – Iida; *EuGH*, C-244/13, ECLI:EU:C:2014:2068 – Ogieriakhi. Zu dieser Rechtsprechung zuletzt Urteilen *Epiney*, NVwZ 2015, 777 (778 f.).

eine Ehescheidung dann nicht zum Verlust des Aufenthaltsrechts des drittstaatsangehörigen Ehegatten führt, wenn die Ehe bis zur Einleitung des gerichtlichen Scheidungsverfahrens mindestens drei Jahre gedauert hat, davon mindestens ein Jahr im Aufnahmemitgliedstaat. Dabei könne diese Bestimmung aber – wie sich aus ihrem Sinn und Zweck (die Gewährung rechtlichen Schutzes für Familienangehörige) sowie ihrem Zusammenhang ergebe – nur dann zum Zuge kommen, wenn derjenige Mitgliedstaat, in dem sich der Familienangehörige aufhält, der „Aufnahmemitgliedstaat“ im Sinne des Art. 2 Nr. 3 RL 2004/38 ist. Dies sei jedoch nicht der Fall, wenn der Unionsbürger vor der Einleitung des Scheidungsverfahrens denjenigen Mitgliedstaat, in dem sich sein Ehegatte aufhält, verlässt, ende diesfalls doch das abgeleitete Aufenthaltsrecht des Drittstaatsangehörigen nach Art. 7 II RL 2004/38 und könne somit auch nicht aufrechterhalten werden.<sup>3</sup>

Der Ansatz des *Gerichtshofs* erscheint nach Wortlaut und Systematik der RL 2004/38 gut nachvollziehbar. Hervorzuheben ist, dass der *Gerichtshof* in diesem Urteil seine Tendenz fortsetzt, den akzessorischen Charakter des Aufenthaltsrechts der Familienangehörigen zu betonen, dies in einem gewissen Gegensatz zum Urteil in der Rs. C-127/08<sup>4</sup> (eine allerdings etwas anders gelagerte Rechtssache, ging es doch um die Frage, ob ein drittstaatsangehöriger Familienangehöriger bereits einen rechtmäßigen Aufenthalt im Unionsgebiet haben musste). Nicht ganz klar wird aus dem Urteil des *Gerichtshofs*, wie die Konstellation zu beurteilen wäre, in der die Ehe zwar die geforderten drei Jahre (davon eines im Aufnahmemitgliedstaat) gedauert hat, der Unionsbürger jedoch danach den Aufnahmemitgliedstaat verlässt und ggf. ein Scheidungsverfahren einleitet. Die Ausführungen des *Gerichtshof* legen die Annahme nahe, dass auch in einem solchen Fall Art. 13 II RL 2004/38 nicht herangezogen werden könnte, da auch hier kein Aufenthaltsrecht des drittstaatsangehörigen Familienangehörigen nach Art. 7 II RL 2004/38 mehr besteht, das aufrechterhalten werden könnte. Nicht zu verkennen ist jedoch, dass gerade in einer solchen Konstellation die Gefahr der „Umgehung“ des Art. 13 II RL 2004/38 durch ein entsprechendes Verhalten des Unionsbürgers bestehen könnte, was Sinn und Zweck der Bestimmung, den geschiedenen drittstaatsangehörigen Ehegatten einen gewissen Rechtsschutz und damit ein persönliches Recht auf Aufenthalt zu gewähren, entgegenläuft.

## 2. Zugang von Unionsbürgern zu staatlichen Leistungen

---

<sup>3</sup> Weiter bestätigt der *Gerichtshof* seine Rechtsprechung, wonach die Quelle der ausreichenden Existenzmittel, die nach Art. 7 I lit. b RL 2004/38 gefordert sind, unerheblich sei, würde ein anderer Ansatz das Recht auf Freizügigkeit doch in unverhältnismäßiger Weise einschränken, da es für die Erreichung des verfolgten Ziels (Schutz der öffentlichen Finanzen des Aufnahmemitgliedstaats) nicht erforderlich sei. Die ausreichenden Existenzmittel könnten daher auch von einem drittstaatsangehörigen Ehegatten stammen.

<sup>4</sup> *EuGH*, Rs. C-127/08, ECLI:EU:C:2008:449 – Metock.

Nach dem Urteil des *Gerichtshofs* in der Rs. C-333/13<sup>5</sup> ging es in der Rs. C-67/14<sup>6</sup> erneut um die Frage, unter welchen Voraussetzungen Unionsbürger vom Bezug bestimmter beitragsunabhängiger staatlicher Leistungen ausgeschlossen werden können. Konkret standen Leistungen nach SGB II in Frage, und der *Gerichtshof* stellte zunächst fest, bei diesen Leistungen, die der Existenzsicherung dienen sollen, handle es sich um Sozialhilfe im Sinne des Art. 24 II RL 2004/38 (Unionsbügerrichtlinie), nicht um Maßnahmen, die den Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtern sollen (und in Bezug auf welche ein umfassendes Diskriminierungsverbot zum Zuge kommt). Art. 24 I RL 2004/38 sehe zwar ein allgemeines Diskriminierungsverbot aus Gründen der Staatsangehörigkeit in Bezug auf Sozialleistungen vor; dieses Verbot finde jedoch nur dann Anwendung, wenn der Aufenthalt des Unionsbürgers die Voraussetzungen der RL 2004/38 erfüllt. Den Beschwerdeführern im Ausgangsfall stehe kein Aufenthaltsrecht aufgrund der Aufrechterhaltung der Arbeitnehmereigenschaft zu (vgl. Art. 7 III lit. c RL 2004/38); jedoch seien sie als Arbeitssuchende im Sinn des Art. 14 IV lit. b RL 2004/38 anzusehen. Bei Arbeitssuchenden komme jedoch die Ausnahme nach Art. 24 II RL 2004/38 zum Zuge, wonach u.a. Arbeitssuchende – trotz des Bestehens eines Aufenthaltsrechts – vom Zugang zu Sozialleistungen ausgeschlossen werden können. Eine Einzelfallprüfung sei insoweit nicht notwendig, da die einschlägigen Bestimmungen der Richtlinie – die ein abgestuftes System für den Zugang zu Sozialleistungen vorsehen und dabei verschiedene, mit der persönlichen Situation im Zusammenhang stehende Faktoren berücksichtigen – es erlaubten, die Rechte und Pflichten eindeutig zu erfassen und damit Rechtssicherheit und Transparenz zu gewährleisten; das Verhältnismäßigkeitsprinzip sei gewahrt.

Auch in diesem Urteil stellt der *Gerichtshof* ausschließlich auf das Sekundärrecht ab und erwähnt mit keinem Wort Art. 18 AEUV. Offenbar geht der *Gerichtshof* damit davon aus, dass der Anwendungsbereich des Unionsrechts in den von der Richtlinie geregelten Konstellationen nur dann eröffnet ist, wenn ein Aufenthaltsrecht nach der RL 2004/38 besteht. Darüber hinaus – und hier dürfte die Weiterentwicklung der Rechtsprechung im Vergleich zur Rs. Dano zu sehen sein – erachtet der *Gerichtshof* es als zulässig, dass der Zugang zu Sozialleistungen ohne Einzelfallprüfung allein nach typisierenden Kriterien (wie sie sich auch in der RL 2004/38 finden) geregelt werden darf. Damit dürfte die Tragweite der Rechtsprechung in der Rs. Brey<sup>7</sup> eingeschränkt werden und der dort formulierte Grundsatz, wonach die Inanspruchnahme einer beitragsunabhängigen Sozialleistung nicht automatisch zu dem Schluss führen dürfe, der betreffende Unionsbürger verfüge nicht über ausreichende Existenzmittel im Sinn des Art. 7 I lit. b RL 2004/38, nur auf die Frage des Bestehens eines Aufenthaltsrechts Anwendung finden. Ganz kohärent erscheint dieser Ansatz insofern nicht, als Art. 14 III RL 2004/38 darauf hinweist, dass allein die Inanspruchnahme von Sozialleistungen nicht automatisch zu einer Ausweisung führen darf; aufgeworfen wird damit die Frage, warum bei der Ausweisung eine

<sup>5</sup> *EuGH*, Rs. C-333/13, ECLI:EU:C:2014:2358 – Dano. Zu diesem Urteil *Epiney*, NVwZ 2015, 777 f.

<sup>6</sup> *EuGH*, Urt. v. 15.9.2015, Rs. C-67/14, ECLI:EU:C:2015:597 – Alimanovic (Große Kammer).

<sup>7</sup> *EuGH*, Rs. C-140/12, ECLI:EU:C:2013:565 – Brey.

Einzelfallprüfung notwendig ist, nicht hingegen beim Zugang zu Sozialleistungen (deren Verweigerung häufig zur Ausreise führen wird, womit zudem die Arbeitssuche im Aufnahmestaat letztlich verhindert wird). Vor diesem Hintergrund hätte man sich nähere Ausführungen des *Gerichtshofs* zur Tragweite der primärrechtlichen Garantien – an denen sich die Auslegung des Sekundärrechts schließlich zu orientieren hat – gewünscht.

In der Rs. C-359/13<sup>8</sup> bestätigte der *Gerichtshof* seine Rechtsprechung, wonach die sog. „Drei-von-sechs-Jahren-Regel“ – wonach ein Auslandsstudium nur dann finanziell unterstützt wird, wenn der Studierende während mindestens drei der seiner Einschreibung in den betreffenden Studiengang vorangegangenen sechs Jahre im Inland gewohnt und sich dort regelmäßig aufgehalten hat – gegen Art. 20, 21 AEUV verstößt.<sup>9</sup> Denn diese Regelung impliziere, dass Studierende im Gefolge der Wahrnehmung ihres Rechts auf Freizügigkeit benachteiligt sind; dabei sei es unerheblich, dass die Ausübung dieses Rechts viele Jahre zurückliegt. Zwar komme eine Rechtfertigung der Regelung in Betracht, da die Integration der Studierenden und eine gewisse Verbindung derselben mit der Gesellschaft des leistenden Mitgliedstaats objektive Erwägungen des Allgemeininteresses darstellen könnten, die eine Beschränkung der Freizügigkeit zu rechtfertigen vermögen. Allerdings dürfe der in diesem Zusammenhang verlangte Nachweis eines solchen tatsächlichen Bandes der Integration keinen zu starken Ausschlusscharakter aufweisen, indem er einem Gesichtspunkt, der nicht zwangsläufig für den tatsächlichen und effektiven Grad der Verbundenheit des Antragstellers mit dem Mitgliedstaat repräsentativ ist, unangemessen hohe Bedeutung beimisst und jeden anderen repräsentativen Gesichtspunkt ausschließt. Trotz des den Mitgliedstaaten hier einzuräumenden Gestaltungsspielraums sei die in Frage stehende Regelung jedoch zu rigide, werde doch auf einen Umstand abgestellt, der nicht zwangsläufig der einzige für den tatsächlichen Grad der Verbundenheit zwischen dem Betreffenden und dem Mitgliedstaat repräsentative Umstand ist (in Frage kämen etwa noch Staatsangehörigkeit, Schulausbildung, Familie, Beschäftigung, Sprachkenntnisse und sonstige soziale oder wirtschaftliche Bindungen), so dass er einen zu starken Ausschlusscharakter aufweise.

Man wird (auch) aus diesem Urteil schließen können, dass „starre“ Integrationskriterien für die Berechtigung zum Bezug staatlicher Leistungen grundsätzlich wegen fehlender Verhältnismäßigkeit nicht mit Art. 20, 21 AEUV (bzw. ggf. Art. 18 AEUV) vereinbar sind, so dass die Mitgliedstaaten jeweils flexiblere Kriterien bzw. Öffnungsklauseln (z.B. die Möglichkeit, die Verbindung zu dem betreffenden Mitgliedstaat auf andere Art und Weise nachzuweisen) vorsehen müssen. Im Übrigen erscheint es nicht ganz überzeugend, wenn der *Gerichtshof* die Integration des Leistungsempfängers selbst als zwingendes Interesse des Allgemeinwohls bezeichnet: Wenn nämlich ein Freizügigkeitsrecht als solches (ohne Integrationsanforderungen) gewährleistet ist, erscheint es wenig überzeugend, derartige Erfordernisse auf der Ebene der Rechtfertigungsgründe zuzulassen, stehen sie doch

---

<sup>8</sup> *EuGH*, Urt. v. 26.2.2015, Rs. C-359/13, ECLI:EU:C:2015:118 – Martens.

<sup>9</sup> S. bereits *EuGH*, Rs. C-542/09, ECLI:EU:C:2012:346 – Kommission/Niederlande.

grundsätzlich mit der Logik der Freizügigkeit im Widerspruch. Dogmatisch überzeugender – und im Ergebnis auf das gleiche Ergebnis hinauslaufend – ist es daher, das finanzielle Gleichgewicht der jeweiligen Förderinstrumente als das maßgebliche zwingende Interesse des Allgemeinwohls anzusehen (letztlich wird es ja auch darum gehen), so dass die Frage nach der Integration dann auf der Ebene einer verhältnismäßigen Einschränkung bzw. einer aus sachlichen Gründen erfolgenden Differenzierung der Leistungsberechtigten zu stellen ist.

### 3. *Steuerliche Behandlung von Unionsbürgern*

Entscheidet sich ein Unionsbürger nach seiner Pensionierung, in einen anderen Mitgliedstaat zu ziehen, während er seine Rente vom Heimatstaat bezieht, sehen die Mitgliedstaaten häufig spezifische Besteuerungsmöglichkeiten vor, so auch die in der Rs. C-632/13<sup>10</sup> zur Debatte stehende Regelung, wonach im Rahmen der Einkommensteuer gebietsfremden Steuerpflichtigen die Wahl zwischen einer Quellensteuer und einer ordentlichen Besteuerung eröffnet wird, wobei nur bei letzterer gewisse Freibeträge geltend gemacht werden können. Der *Gerichtshof* hielt diesbezüglich fest, eine solche Regelung verstoße nicht gegen Art. 21 AEUV (Art. 45 AEUV kam mangels Arbeitnehmereigenschaft nicht zum Zuge), sofern die gebietsfremden Steuerpflichtigen nicht einer insgesamt höheren Besteuerung unterworfen werden als gebietsansässige Steuerpflichtige und ihnen gleichgestellte Personen, deren Situation mit der ihren vergleichbar ist.

Entscheidend war somit für den *Gerichtshof*, dass der Quellensteuersatz günstiger war als derjenige der normalen Besteuerung (was die angezeigte Rechtssache von der Konstellation in der Rs. C-440/08<sup>11</sup> unterschied, in der es um eine nationale Regelung ging, die lediglich eine Wahlmöglichkeit vorsah und der *EuGH* feststellte, allein die Einräumung einer Wahl zwischen einer diskriminierenden und einer nicht diskriminierenden Steuerregelung ändere nichts an der Existenz der diskriminierenden Regelung). Im Übrigen ist das Urteil insbesondere deshalb interessant, weil der *Gerichtshof* allgemein auf das Vorliegen einer Diskriminierung abstellt, wobei er diese auf die Situation zwischen Gebietsansässigen und Gebietsfremden bezieht, so dass wohl jede Regelung, die Gebietsfremde schlechter behandelt als Gebietsansässige, das Recht auf Freizügigkeit beschränkt, jedoch aus zwingenden Gründen des Allgemeinwohls gerechtfertigt werden kann. Bemerkenswert ist weiter, dass der *Gerichtshof* in diesem Zusammenhang auch auf das „Wesen der Quellensteuerregelung“ hinweist, mit der es gerade vereinbar sei, wenn nicht alle Abzüge gewährt werden, laufe dies doch der mit einer solchen Regelung angestrebten Vereinfachung zuwider. Man wird dies nicht allgemein dahin auslegen können, dass „Vereinfachungen“ einen Rechtfertigungsgrund darstellen können, sondern

---

<sup>10</sup> *EuGH*, Urt. v. 19.11.2015, Rs. C-632/13, ECLI:EU:C:2015:765 – Hirvonen.

<sup>11</sup> *EuGH*, Rs. C-440/08, ECLI:EU:C:2010:148 – Gielen.

lediglich dahingehend, dass dieser Aspekt bei dem spezifischen Instrument der Quellensteuer eine Rolle spielen kann.

#### 4. Diskriminierende „Sprachregelung“

Die Verpflichtung für Bewerber auf eine Stelle bei den Unionsorganen, neben einer Amtssprache unter den Sprachen Deutsch, Englisch und Französisch eine zweite Sprache auszuwählen, die als Sprache der Kommunikation und als zweite Sprache für das Auswahlverfahren verwendet wird, stellt nach dem Urteil des Gerichts in den verb. Rs. T-124/13, T-191/13<sup>12</sup> neben einem Verstoß gegen die VO Nr. 1 zur Regelung der Sprachenfrage eine verbotene Diskriminierung aufgrund der Sprache dar. Denn diese Regelung begünstige bestimmte Bewerber (nämlich diejenigen, die eine ausreichende Kenntnis einer der bezeichneten Sprachen besitzen) und könne auch nicht durch Notwendigkeiten der internen Kommunikation (da diese in den Organen häufig in diesen drei Sprachen erfolge) gerechtfertigt werden, da es sich hier lediglich um eine Behauptung der Kommission handle, die auf keinerlei konkrete Angaben gestützt sei; auch könne nicht davon ausgegangen werden, dass ein neu eingestellter Beamter, der keine dieser drei Sprachen beherrsche, keine nützliche Arbeitsleistung innerhalb des Organs zu erbringen vermag. Im Hinblick auf den verfolgten Zweck, nämlich die Einstellung von unmittelbar einsatzfähigen Personen, erweise sich die Regelung daher als nicht objektiv gerechtfertigt und unverhältnismäßig.

Die Ausführungen des *Gerichts* – die sich teilweise an das Urteil des *Gerichtshofs* in der Rs. C-566/10 P<sup>13</sup> anlehnen – muten in Bezug auf die zu erbringenden Belege teilweise allzu formalistisch an: Es erscheint nämlich schwer vorstellbar, wie zumindest eine Person mit gewissen Aufgaben ohne die Kenntnis einer der drei (wahrscheinlich im Übrigen eher zwei dieser drei) Sprachen intern effektiv und effizient kommunizieren können soll. Dass eine solche Regelung zur „Benachteiligung“ anderer „großer“ Sprachen (wie Italienisch und Spanisch) führt, ist zwar eine Tatsache, die man bedauern mag; sie ändert aber nichts daran, dass es schon aus praktischen Gründen unabdinglich ist, die interne Kommunikation in relativ wenigen Sprachen zu führen, wobei sich diese auch aufgrund der historischen Entwicklung etabliert haben. Zuzugeben ist allerdings in der Tat, dass es – auch in Anbetracht der Argumentation der Kommission und der durchaus unterschiedlichen Situation in verschiedenen Unionsorganen – wohl in der Tat wenig schlüssig erscheint, die drei genannten Sprachen völlig gleich zu behandeln und zudem dieselbe Regelung für alle Organe zu treffen.

## II. Grundfreiheiten

### 1. Warenverkehrsfreiheit

Im Zusammenhang mit der Bekämpfung problematischen bzw. übermäßigen Alkoholkonsums insbesondere bei Jugendlichen wird immer wieder die Einführung sog. Mindestpreise für (bestimmte) Alkoholika gefordert. In der Rs. C-333/14<sup>14</sup> stellte der *EuGH* nunmehr klar, dass derartige Maßnahmen aus unionsrechtlicher Sicht hoch problematisch sind: Mindestpreise stellten eine Maßnahme gleicher Wirkung wie eine mengenmäßige Beschränkung im Sinne des Art. 34 AEUV dar, verhinderten sie doch, dass sich niedrigere Gestehungskosten eingeführter Produkte im Verkaufspreis niederschlagen können, womit die Einfuhr von Alkoholika aus anderen Mitgliedstaaten beschränkt werde. Zwar komme eine Rechtfertigung aus Gründen des Gesundheitsschutzes in Betracht, ziele die Maßnahme doch auf eine Verringerung des Alkoholkonsums im Allgemeinen und gefährlichen Alkoholkonsums im Besonderen ab.

---

<sup>12</sup> *EuG*, Ur. v. 24.9.2015, verb. Rs. T-124/13, T-191/13, ECLI:EU:T:2015:690 – *Italien und Spanien/Kommission*.

<sup>13</sup> *EuGH*, Rs. C-566/10 P, ECLI:EU:2012:752 – *Italien/Kommission*.

<sup>14</sup> *EuGH*, Ur. v. 23.12.2015, Rs. C-333/14, ECLI:EU:C:2015:845 – *Scotch Whisky Association*.

Mindestpreise seien auch geeignet zur Verfolgung dieser Zielsetzung; jedoch meldete der *Gerichtshof* erhebliche Zweifel an ihrer Erforderlichkeit an: Denn eine Erhöhung der Steuern auf Alkoholika könne weniger einschränkend sein als ein Mindestpreis, da sie den Wirtschaftsteilnehmern die Freiheit belasse, den Preis der Produkte selbst festzulegen. Im Übrigen impliziere eine steuerliche Maßnahme eine allgemeine Anhebung der Preise für die betroffenen Produkte und trage daher zur Verwirklichung des allgemeinen Ziels der Bekämpfung des Alkoholmissbrauchs bei. Allerdings betont der *Gerichtshof* auch, es sei Sache des nationalen Gerichts zu prüfen, ob steuerliche Maßnahmen genauso wirksam seien wie Mindestpreise, wobei es die zur Verfügung stehenden Beweise objektiv prüfen müsse und sich nicht auf die Informationen beschränken dürfe, die der Gesetzgeber herangezogen hat.

Dass der *EuGH* insofern die letztliche Entscheidung an das nationale Gericht zurückspielt, beruht auf den prozessualen Eigenheiten der Vorabentscheidung. In der Sache dürften – und auch die Formulierungen des *Gerichtshofs* lassen sich kaum anders auslegen, zumal der *Gerichtshof* in einem Vertragsverletzungsverfahren bereits Mindestpreise für Tabakprodukte (eine in jeder Beziehung vergleichbare Konstellation) für mit Art. 34 AEUV unvereinbar erklärt hatte<sup>15</sup> – kaum Zweifel daran bestehen, dass Mindestpreise für (potentiell) gesundheitsschädliche Produkte wie Alkoholika den Anforderungen der Erforderlichkeit nicht genügen: Denn diese stellen einen schweren Eingriff in den Binnenmarkt dar, da die verschiedenen Produkte (je nach Preissegment) unterschiedlich betroffen sind: Während sich eine solche Maßnahme sehr stark auf Produkte des tieferen Preissegments auswirkt, deren Preise ggf. erheblich anzuheben sind, zeitigt sie für solche des oberen Preissegments keine oder wesentlich geringere Auswirkungen, da deren Preise sowieso schon über dem Mindestpreis liegen werden. Damit aber wird der Wettbewerb zwischen den verschiedenen Produkten (der selbstredend auch und gerade über den Preis erfolgt) ganz empfindlich eingeschränkt. Das Ziel eines Mindestpreises – die Nichtverfügbarkeit des betroffenen Produkts zu allzu niedrigen Preisen – kann aber auch über eine Anhebung der Steuern erreicht werden, die alle erfassten Produkte vergleichbar treffen, womit der Preiswettbewerb auf dem Binnenmarkt nicht berührt würde. Mitunter drängt sich vor diesem Hintergrund auch der Verdacht auf, dass die Favorisierung von Mindestpreisen im Verhältnis zu einer Anhebung der Steuern letztlich zumindest auch dadurch zu erklären ist, dass zahlreiche einheimische Produkte eher dem oberen Preissegment angehören.<sup>16</sup>

Ebenfalls eine in erster Linie im Hinblick auf den Schutz der Gesundheit vor übermäßigem Alkoholkonsum ergriffene Maßnahme stand in der Rs. C-198/14<sup>17</sup> zur Debatte. Der *Gerichtshof*

---

<sup>15</sup> *EuGH*, Rs. C-216/98, ECLI:EU:C:2000:571 – Kommission/Griechenland. S. auch *EuGH*, Rs. C-197/08, EU:C:2010:111 – Kommission/Frankreich.

<sup>16</sup> S. ansonsten noch *EuGH*, Urt. v. 17.12.2015, Rs. C-402/14, ECLI:EU:C:2015:830 – Viamar: Eine Zulassungssteuer für Kfz stelle eine Abgabe gleicher Wirkung wie ein Zoll dar, der nach Art. 30 AEUV verboten ist, wenn sie auf eingeführte Fahrzeuge erhoben und im Falle einer nie erfolgten effektiven Zulassung (da das Kfz in einen anderen Mitgliedstaat wieder ausgeführt wurde) nicht erstattet wird, da sie diesfalls nur wegen des Überschreitens der Grenze erhoben würde.

<sup>17</sup> *EuGH*, Urt. v. 12.11.2015, Rs. C-198/14, ECLI:EU:C:2015:751 – Visnapuu.

erachtete hier eine Regelung, wonach der Verkauf bestimmter alkoholischer Getränke nur einem Verkäufer mit Einzelhandelserlaubnis gestattet ist, für mit Art. 34, 36 AEUV grundsätzlich in Einklang stehend.<sup>18</sup> Denn das Erfordernis einer solchen Einzelhandelserlaubnis stelle zwar eine Maßnahme gleicher Wirkung wie eine Einfuhrbeschränkung dar; eine bestimmte Verkaufsmodalität im Sinne der Keck-Rechtsprechung liege schon deshalb nicht vor, weil das Erfordernis nicht für alle betroffenen Wirtschaftsteilnehmer gelte und nur in Finnland ansässige Einzelhändler diese Erlaubnis erhalten könnten. Allerdings komme eine Rechtfertigung des somit vorliegenden Eingriffs in Art. 34 AEUV aus Gründen des Gesundheitsschutzes in Betracht.

Offen bleibt in dem Urteil, ob eine unterschiedslos geltende Verpflichtung, zur Vermarktung von Alkohol eine Genehmigung zu verlangen, eine bestimmte Verkaufsmodalität im Sinne der Keck-Rechtsprechung darstellen könnte und damit aus dem Tatbestand des Art. 34 AEUV herausfiele. Vieles spricht – zumindest auf der Grundlage der Rechtsprechung des *Gerichtshofs* – für die Bejahung dieser Frage: Denn ein solches Erfordernis beeinträchtigte nicht *per se* den Marktzugang für die betroffenen Erzeugnisse und bezieht sich auch nicht auf die Produktbeschaffenheit, so dass die Voraussetzungen für die Einschlägigkeit der Keck-Rechtsprechung erfüllt sein könnten. Weiter ist in diesem Zusammenhang darauf hinzuweisen, dass die ausdrückliche Bezugnahme des *Gerichtshofs* auf die Keck-Rechtsprechung bestätigt, dass sie keineswegs durch jüngere Rechtsprechungsentwicklungen<sup>19</sup> als überholt anzusehen ist. Schließlich ist darauf hinzuweisen, dass der *Gerichtshof* bei der Rechtfertigungsprüfung zwar auf den großen Gestaltungsspielraum der Mitgliedstaaten im Zusammenhang mit der Verfolgung von Zielen des Gesundheitsschutzes sowie die Relevanz der Umstände in dem betreffenden Mitgliedstaat (Finnland) hinweist; gleichzeitig betont er aber die Notwendigkeit der Verhältnismäßigkeit der Maßnahme und dürfte diesbezüglich gewisse Zweifel hegen (wobei er die konkrete Prüfung dem nationalen Gericht überantwortet), dies insbesondere weil dem staatlichen Monopolisten auch der Versandhandel mit Alkoholika erlaubt ist (was die Kohärenz der Maßnahme und damit die Geeignetheit in Frage stellen könnte) und weil es Herstellern alkoholischer Getränke in Finnland erlaubt sei, bestimmte eigene Erzeugnisse am Ort der Herstellung zu verkaufen, was eine Diskriminierung eingeführter Produkte implizieren könnte.<sup>20</sup>

## 2. Arbeitnehmerfreizügigkeit

---

<sup>18</sup> Art. 37 AEUV zog er nicht heran, da es sich hier nicht um das Bestehen und die Funktionsweise des staatlichen Handelsmonopols, sondern um Regelungen, die sich von diesem trennen lassen, gehe.

<sup>19</sup> S. insbesondere *EuGH*, Rs. C-456/10, ECLI:EU:C:2012:241 – ANETT.

<sup>20</sup> Im Übrigen erachtete der *Gerichtshof* in diesem Urteil die Erhebung einer Verbrauchssteuer auf bestimmte Getränkeverpackungen, von der im Fall eines wirksamen Rücknahmesystems eine Befreiung vorgesehen ist, für mit Art. 110 AEUV (da schon keine Diskriminierung nach der Warenherkunft vorliege) und der Verpackungsrichtlinie in Einklang stehend. Zu Art. 110 AEUV im Zusammenhang mit der Besteuerung von Gebrauchtfahrzeugen *EuGH*, Urt. v. 14.4.2015, Rs. C-76/14, ECLI:EU:C:2015:216 – Manea (Große Kammer).



In der von der Großen Kammer entschiedenen Rs. C-512/13<sup>21</sup> stand eine niederländische Regelung zur Debatte, wonach Arbeitnehmern, die vor der Aufnahme einer Beschäftigung in den Niederlanden in einem anderen Mitgliedstaat wohnten, ein pauschal berechneter Steuervorteil (eine Steuerbefreiung für extraterritoriale Kosten bis zu 30 % der Bemessungsgrundlage, sofern diese Arbeitnehmer in einer Entfernung von mehr als 150 km zur Grenze wohnen) gewährt wird. Der *Gerichtshof* erachtete diese Regelung als grundsätzlich für mit Art. 45 AEUV vereinbar, falls diese Art der Steuerbefreiung nicht systematisch zu einer deutlichen Überkompensierung der tatsächlich entstandenen Kosten führt.

Interessant ist das Urteil insbesondere aus zwei Gründen:

- Erstens ist es eine der wenigen Fallgestaltungen, in denen es nicht um die (faktische) Bevorzugung einheimischer Arbeitnehmenden geht, sondern bei der Arbeitnehmenden aus gewissen Mitgliedstaaten gegenüber Arbeitnehmenden aus gewissen anderen Mitgliedstaaten potentiell ein Vorteil gewährt wird. Das gewählte Kriterium impliziert nämlich, dass ein Großteil der belgischen Arbeitnehmenden sowie ein Teil der deutschen, der französischen, der luxemburgischen und der aus Großbritannien wohnhaften Arbeitnehmenden von der Regelung ausgeschlossen sind. Der *Gerichtshof* erachtet diese Konstellation offenbar auch grundsätzlich als tatbestandlich vom Verbot der Diskriminierung aus Gründen der Staatsangehörigkeit erfasst, was wohl eine gewisse (weitere) Verwässerung des Begriffs der mittelbaren Diskriminierung nach sich zieht, wird doch nicht ganz klar, aufgrund welcher Kriterien in solchen Fällen von einer mittelbaren Diskriminierung ausgegangen werden kann. Sofern das Vorliegen einer mittelbaren Diskriminierung in einer solchen Konstellation verneint wird, wäre durchaus fraglich, ob eine derartige Regelung tatsächlich auch eine Beschränkung der Freizügigkeit der benachteiligten Arbeitnehmenden darstellt, könnte es doch sehr hypothetisch sein, dass sich ein Arbeitnehmer von der Annahme einer Stelle abhalten lässt, weil ihm ein bestimmter Steuervorteil nicht gewährt wird, der anderen zugestanden wird.
- Zweitens stellt der *Gerichtshof* klar, dass zwar Erwägungen rein administrativer Art einen Eingriff in die Grundfreiheiten nicht zu rechtfertigen vermögen; jedoch bedeute dies nicht, dass den Mitgliedstaaten die Möglichkeit abgesprochen würde, legitime Ziele durch die Einführung allgemeiner Vorschriften zu verfolgen. Daher könnten auch Pauschalisierungen bzw. Typisierungen – die definitionsgemäß mit einer gewissen Ungenauigkeit verbunden sind – zulässig sein. Auch wenn der *Gerichtshof* dies nicht ausdrücklich hervorhebt, wird man hier aber verlangen müssen, dass derartige Pauschalisierungen auf vertretbaren Annahmen bzw. nachvollziehbaren Gründen beruhen. Dieser Ansatz des *Gerichtshofs* impliziert, dass gewisse administrative Vereinfachungen zumindest in gewissen Konstellationen eben doch – in Verbindung mit

---

<sup>21</sup> *EuGH*, Urt. v. 24.2.2015, Rs. C-512/13, ECLI:EU:C:2015:108 – Sopora.

legitimen Zielen des Allgemeinwohls (die vorliegend in der Abgeltung der Zusatzkosten für die Arbeitnehmenden zu sehen waren) – die Beschränkung von Grundfreiheiten zu rechtfertigen vermögen. Undeutlich bleiben dabei die genauen Voraussetzungen für die Zulässigkeit der Geltendmachung solcher Erwägungen, wobei man hier wohl maßgeblich auf den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit abstellen muss.

Der Begriff des Arbeitnehmers im Sinne des Unionsrechts war – neben der Auslegung der RL 2000/78<sup>22</sup> – Gegenstand der Rs. C-432/14<sup>23</sup>, dies im Zusammenhang mit der befristeten Anstellung eines Studenten während vier Tagen innerhalb seiner Semesterferien. In Anknüpfung an seine ständige Rechtsprechung hielt der *Gerichtshof* zunächst fest, der Begriff des Arbeitnehmers sei autonom und nicht eng auszulegen, so dass jeder als Arbeitnehmer anzusehen sei, der eine echte und tatsächliche Tätigkeit ausübt, wobei jedoch solche Tätigkeiten nicht erfasst seien, die einen so geringen Umfang haben, dass sie sich als völlig untergeordnet und unwesentlich darstellen. Entscheidend sei danach, dass jemand während einer bestimmten Zeit für einen anderen nach dessen Weisung Leistungen erbringt, für die er als Gegenleistung eine Vergütung erhält. Der Umstand, dass ein Arbeitsverhältnis nur sehr wenige Stunden umfasst (wie in casu vier Tage) könne zwar einen Anhaltspunkt dafür darstellen, dass die ausgeübten Tätigkeiten nur untergeordnet und unwesentlich sind; dies sei jedoch nicht zwingend, und aufgrund einer Gesamtbetrachtung des betreffenden Arbeitsverhältnisses – bei der nicht nur die Arbeitszeit und die Höhe der Vergütung, sondern auch etwaige Ansprüche auf bezahlten Urlaub, auf Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, auf die Anwendung des einschlägigen Tarifvertrags und auf die Zahlung von Beiträgen sowie ggf. deren Art zu berücksichtigen seien – könne die Arbeitnehmereigenschaft durchaus zu bejahen sein. Auch wenn der *Gerichtshof* daran anschließend festhält, die Umstände des Einzelfalls seien zu prüfen um festzustellen, ob die Arbeitnehmereigenschaft zu bejahen ist, lassen die Ausführungen des *Gerichtshofs* doch darauf schliessen, dass völlig untergeordnete und unwesentliche Tätigkeiten nicht allein aufgrund einer beschränkten Beschäftigungsdauer oder eines geringen Beschäftigungsgrades ausgenommen werden dürfen, wobei es offenbar keine eigentliche Untergrenze geben soll; man wird auch annehmen können, dass zumindest bei länger andauernden Beschäftigungen mit niedrigem Beschäftigungsgrad in aller Regel die Arbeitnehmereigenschaft zu bejahen sein wird.<sup>24</sup>

---

<sup>22</sup> RL 2000/78 zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Verwirklichung der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf, ABl. 2000 L 303, 16.

<sup>23</sup> *EuGH*, Urt. v. 1.10.2015, Rs. C-432/14, ECLI:EU:C:2015:643 – O/Bio Philippe Auguste SARL.

<sup>24</sup> Die Vereinbarkeit einer nationalen Regelung, wonach ein Arbeitnehmer, wenn bei Ablauf eines befristeten Arbeitsvertrags das Arbeitsverhältnis nicht durch einen unbefristeten Vertrag fortgesetzt wird, Anspruch auf eine Abfindung hat, um die dadurch entstehenden Unsicherheiten auszugleichen, diese Abfindung jedoch jungen Personen, die während ihrer Schul- oder Semesterferien arbeiten, nicht geschuldet ist, mit RL 2000/78 bejahte der *EuGH*. Denn diese Personen befänden sich nicht in einer Situation der Unsicherheit, so dass die Regelung durch sozialpolitische Anliegen begründet erscheine und der Gesetzgeber seinen Wertungsspielraum nicht überschritten habe.

Um den Arbeitnehmerbegriff – im Zusammenhang mit der sog. Massentlassungsrichtlinie (RL 98/59<sup>25</sup>) – ging es auch in der Rs. C-229/14<sup>26</sup>. Der *Gerichtshof* hielt hier – ausgehend von einem einheitlichen Arbeitnehmerbegriff im Unionsrecht, so dass die diesbezügliche Rechtsprechung im Rahmen des Art. 45 AEUV auch im Zusammenhang mit der RL 98/59 relevant sei – zweierlei fest:

- Auch ein Mitglied einer Unternehmensleitung könne als Arbeitnehmer anzusehen sein, dies jedenfalls wenn es seine Tätigkeit nach Weisung und unter Aufsicht eines anderen Organs dieser Gesellschaft ausübt, als Gegenleistung für seine Tätigkeit eine Vergütung erhält und selbst keine Anteile an der Gesellschaft besitzt (wobei letzterer Gesichtspunkt nicht allein ausschlaggebend sei). Auch in einer solchen Konstellation könne nämlich ein Unterordnungsverhältnis vorliegen, woran ein geringerer Grad der Abhängigkeit oder Unterordnung nichts ändere. Der Umstand, dass der Betreffende durch einen Geschäftsführer-Anstellungsvertrag angestellt ist, der nach nationalem Recht gerade kein Arbeitsvertrag sei, sei unerheblich, gehe es doch beim Arbeitnehmerbegriff um einen autonomen Begriff des Unionsrechts. Ausschlaggebend für die Qualifikation einer Person als Arbeitnehmer in einer solchen Konstellation seien nämlich insgesamt die Bedingungen, unter denen ein Mitglied der Unternehmensleitung bestellt wird, die Art der übertragenen Aufgaben, der Rahmen, in dem diese Aufgaben ausgeführt werden, der Umfang der Befugnisse des Betreffenden und die Kontrolle, der er innerhalb der Gesellschaft unterliegt, sowie die Umstände der Abberufung.<sup>27</sup> In der konkreten, dem *Gerichtshof* unterbreiteten Fallgestaltung könne die Leitungsperson, die von der Gesellschafterversammlung der Kapitalgesellschaft ernannt wird, jederzeit gegen ihren Willen von dieser abberufen werden. Auch unterliege sie bei der Ausübung ihrer Tätigkeit der Weisung und Aufsicht dieses Organs sowie den von ihm formulierten Vorgaben. Insofern liege ein Unterordnungsverhältnis vor, und eine Vergütung werde auch geleistet.
- Auch sei ein Praktikant – der in einem Unternehmen praktisch mitarbeitet, um Kenntnisse zu erwerben oder zu vertiefen oder eine Berufsausbildung zu absolvieren – als Arbeitnehmer anzusehen, der zwar keine Vergütung von dem Unternehmen für seine Tätigkeit erhält, jedoch durch die von der Arbeitsförderung zuständigen Stellen finanziell gefördert wird und dessen Tätigkeit durch diese anerkannt wird. Denn auch Personen, die einen Vorbereitungsdienst leisten oder Ausbildungszeiten absolvieren, könnten grundsätzlich als Arbeitnehmende einzustufen sein, und die Herkunft der Mittel für die Vergütung sei unerheblich.

Das Urteil illustriert einmal mehr die ausgesprochen weite Auslegung des Arbeitnehmerbegriffs, der nicht nur für den Anwendungsbereich des Art. 45 AEUV, sondern auch für denjenigen zahlreicher sekundärrechtlicher Regelungen von großer Bedeutung ist. Es legt auch – obwohl der *EuGH* zusätzlich auf die Zielsetzungen der konkret in Frage stehenden

---

<sup>25</sup> RL 98/59 über Massentlassungen, ABl. 1998 L 225, 16.

<sup>26</sup> *EuGH*, Urt. v. 9.7.2015, Rs. C-229/14, ECLI:EU:C:2015:445 – Balkaya.

<sup>27</sup> S. insoweit auch schon *EuGH*, Rs. C-232/09, ECLI:EU:C:2010:674 – Danosa.

Richtlinie verweist – den Schluss nahe, dass der Arbeitnehmerbegriff im Unionsrecht grundsätzlich einheitlich auszulegen ist.

In Belgien ist der Zugang zum Beruf des Referenten beim Kassationshof auf Personen beschränkt, die Inhaber eines an einer belgischen Universität erworbenen Diploms (Doktorat, Lizentiat oder Master) in Rechtswissenschaft sind, denn nur auf diese Weise könne gewährleistet werden, dass der Betreffende die Befähigung zur Ausübung dieses Berufs habe. Ausgeschlossen sind damit Bewerber, die einen Abschluss in Rechtswissenschaft im Ausland erlangt haben; ein solcher wird auch nicht als mit den belgischen Abschlüssen in Rechtswissenschaften gleichwertig anerkannt. In der Rs. C-298/14<sup>28</sup> stand die Vereinbarkeit dieser Regelung mit dem Unionsrecht zur Debatte, wobei der *Gerichtshof* hier ausschließlich auf Art. 45 AEUV abstellte. Denn die Diplomanerkennungsrichtlinie (RL 2005/36) sei nicht anwendbar, da es nicht um einen „reglementierten Beruf“ im Sinne der Richtlinie gehe, bereiteten die Ausbildungsnachweise doch nicht speziell auf einen bestimmten Beruf vor. Deutlich wird damit, dass ein reglementierter Beruf im Sinne der RL 2005/36 nicht immer schon dann vorliegt, wenn für die Ausübung einer Tätigkeit bestimmte Qualifikationen verlangt werden, sondern nur dann, wenn die geforderten Nachweise in einem ganz spezifischen Zusammenhang mit der auszuübenden Tätigkeit stehen. Soweit Art. 45 AEUV betroffen ist, stellte der *Gerichtshof* zunächst klar, dass Art. 45 IV AEUV von vornherein im vorliegenden Fall nicht zum Zuge kommen könne, da der Kläger des Ausgangsverfahrens im Mitgliedstaat, dessen Staatsangehörigkeit er besitzt (Belgien), Zugang zu einer Beschäftigung anstrebt, während Art. 45 IV AEUV lediglich dem Anliegen Rechnung trage, bestimmte Stellen eigenen Staatsangehörigen vorzubehalten. Dass diese ein Diplom eines anderen Mitgliedstaats erworben haben, sei in diesem Zusammenhang unerheblich (begründe aber den grenzüberschreitenden Bezug, obwohl das Diplom in einem Fernstudium erlangt wurde). Damit hatte sich der *Gerichtshof* nicht zu der Frage zu äußern, ob die Tätigkeit des Referenten beim Kassationshof als solche eine Beschäftigung in der öffentlichen Verwaltung im Sinne des Art. 45 IV AEUV darstellt, auf die die Arbeitnehmerfreizügigkeit keine Anwendung findet. Die besseren Gründe sprechen freilich für eine Verneinung dieser Frage, denn Referenten üben lediglich vorbereitende Tätigkeiten aus, während die eigentliche Rechtsprechung von den Richtern zu verantworten ist. Insofern dürfte hier also keine unmittelbare Teilhabe an der Ausübung hoheitlicher Gewalt vorliegen. Schließlich hielt der *Gerichtshof* – auf der Grundlage einer Zusammenfassung der diesbezüglichen, sich aus der bisherigen Rechtsprechung ergebenden Grundsätze – fest, das Unionsrecht erfordere eine Prüfung der Gleichwertigkeit von in anderen Mitgliedstaaten erworbenen Qualifikationen und Erfahrungen; diese Prüfung dürfe sich aber auf die akademische Gleichwertigkeit der erworbenen Diplome mit den geforderten Qualifikationen beschränken und müsse nicht sämtliche Diplome und die einschlägige Berufserfahrung in einer Weise berücksichtigen, dass die dadurch bescheinigten

---

<sup>28</sup> *EuGH*, Urt. v. 6.10.2015, Rs. C-298/14, ECLI:EU:C:2015:652 – Brouillard.

Berufsqualifikationen mit den durch die genannten Rechtsvorschriften vorgeschriebenen verglichen werden. Damit erachtet der *Gerichtshof* also eine gewisse Fokussierung der Gleichwertigkeitsprüfung für zulässig, ohne dass jedoch wirklich klar wird, auf welche Weise diese Beschränkung erfolgen darf. Angesichts der Besonderheiten des Ausgangsfalls und der Formulierungen des *Gerichtshofs* spricht Vieles dafür, dass eine solche Fokussierung nur dann zulässig ist, wenn der jeweilige Beruf besondere Kenntnisse, die spezifisch für den jeweiligen Mitgliedstaat erworben werden müssen, erfordert. Darüber hinaus wird man wohl ganz allgemein verlangen müssen, dass die angelegten Kriterien sich in Anbetracht des verfolgten Ziels objektiv rechtfertigen lassen.<sup>29</sup>

### 3. Dienstleistungs- und Niederlassungsfreiheit

In der von der Großen Kammer entschiedenen Rs. C-593/13<sup>30</sup> erachtete der *Gerichtshof* eine italienische Regelung, wonach sich der satzungsmäßige Sitz von Zertifizierungseinrichtungen im Inland befinden muss, für unvereinbar mit Art. 14 RL 2006/123 (Dienstleistungsrichtlinie): Die Richtlinie sowie Art. 49, 56 AEUV fänden auf die Tätigkeiten solcher Einrichtungen Anwendung, da hier keine Ausübung öffentlicher Gewalt im Sinne des Art. 51 I AEUV vorliege, seien die Unternehmen doch gewinnorientiert und unter Wettbewerbsbedingungen tätig; ihnen komme keinerlei Entscheidungsgewalt zu, die mit der Ausübung hoheitlicher Befugnisse verknüpft wäre. Die im Rahmen von Zertifizierungsverfahren vorgenommene Prüfung sei durch den nationalen Regelungsrahmen bestimmt, so dass ihre Durchführung nicht Ausfluss einer Entscheidungsautonomie sei, die der Ausübung hoheitlicher Befugnisse eigen sei. In Bezug auf Art. 14 RL 2006/123 hebt der *Gerichtshof* hervor, diese Bestimmung untersage den Mitgliedstaaten, die Aufnahme oder Ausübung einer von der Bestimmung erfassten Dienstleistungserbringung u.a. von einer Niederlassung abhängig zu machen; eine Rechtfertigung sei – wie sich aus Wortlaut und Systematik der Bestimmung bzw. der RL 2006/123 ergebe (im Gegensatz zu Art. 14 RL 2006/123 sei bei anderen Bestimmungen ausdrücklich die Rechtfertigungsmöglichkeit erwähnt) – von vornherein ausgeschlossen.

Das Urteil überzeugt insgesamt, wirft aber auch Fragen auf: So sind die Ausführungen zum Begriff der öffentlichen Gewalt durchaus auslegungsbedürftig, da die Frage offen bleibt, ob eine gewisse „Entscheidungsautonomie“ ein notwendiges Element der Ausübung öffentlicher Gewalt ist, was m.E. zu verneinen ist. Ausschlaggebend (und die bisherige Rechtsprechung geht auch durchaus in diese Richtung) muss doch die „Zwangswirkung“ sein; ob diese nun in einem vorgegebenen nationalen Regelungsrahmen und damit ohne „Entscheidungsautonomie“

---

<sup>29</sup> S. ansonsten noch *EuGH*, Urt. v. 5.2.2015, Rs. C-317/14, ECLI:EU:C:2015:63 – Kommission/Belgien (Unvereinbarkeit, mit Art. 45 AEUV, einer Regelung, wonach ein Bewerber für eine Beschäftigung in einer lokalen Dienststelle seine Sprachkenntnisse nur durch eine einzige Art von Bescheinigung nachweisen kann, die nur von einer einzigen nationalen Einrichtung ausgestellt wird, die zu diesem Zweck mit der Durchführung von Sprachprüfungen im belgischen Hoheitsgebiet betraut ist).

<sup>30</sup> *EuGH*, Urt. v. 16.6.2015, Rs. C-593/13, ECLI:EU:C:2015:399 – Rina Services.

oder im Rahmen von Ermessensentscheidungen vorliegt, scheint hingegen sekundär. So können auch Akte der gebundenen Verwaltung unter den Begriff der öffentlichen Gewalt fallen. Im Ergebnis ist dem *Gerichtshof* aber zuzustimmen, geht doch von den Zertifizierungen keine „Zwangswirkung“ aus, was nichts an ihrer großen Bedeutung ändert. In Bezug auf die materielle Kernfrage hat der *Gerichtshof* deutlich entschieden, eine Rechtfertigung der nach Art. 14 RL 2006/123 unzulässigen Anforderungen komme von vornherein nicht in Frage, wobei er aber auch darauf hinweist, dies entspreche der ständigen Rechtsprechung zu den Grundfreiheiten. Aufgeworfen wird damit die Frage, ob das Sekundärrecht auch die Reichweite der Rechtfertigungsgründe im Verhältnis zum Primärrecht einschränken kann. Die Formulierungen des *Gerichtshofs* sprechen für die Bejahung dieser Frage, so dass die Richtlinie im Ergebnis wohl eine sog. Vollharmonisierung darstellt, auch wenn bei einzelnen nationalen Erfordernissen zusätzlich zu den Anforderungen der Richtlinie auch noch der Vertrag zu beachten ist.

Auch die Rs. C-168/14<sup>31</sup> betraf die Tätigkeit Privater im Zusammenhang mit der Verfolgung öffentlicher Interessen: In Katalonien unterliegt der Betrieb einer Station zur technischen Überwachung von Kraftfahrzeugen (die deren Verkehrstauglichkeit überprüfen sollen) einer Genehmigungspflicht. Die Erteilung der Genehmigung wird u.a. davon abhängig gemacht, dass die neue Station eine Mindestentfernung zu bereits durch dasselbe Unternehmen betriebenen Stationen einhält und das Unternehmen insgesamt im Falle der Erteilung der Genehmigung keinen Marktanteil von über 50 % erhalte. Der *Gerichtshof* verneinte zunächst die Einschlägigkeit der Dienstleistungsrichtlinie (RL 2006/123), da Dienstleistungen im Bereich des Verkehrs (um eine solche gehe es in der vorliegenden Fallgestaltung) von derselben ausgeschlossen sind. Sodann hielt er fest, Tätigkeiten solcher Stationen zur technischen Überwachung von Kraftfahrzeugen stellten keine Ausübung öffentlicher Gewalt im Sinne des Art. 51 AEUV dar, obwohl die Betreiber solcher Stationen über die Befugnis verfügen, im Falle einer unmittelbaren Gefahr aufgrund von Sicherheitsmängeln an Fahrzeugen deren Stilllegung anzuordnen. Denn die Tätigkeit der Stationen unterliege der Beaufsichtigung durch die zuständigen Behörden und sei mit keinerlei Befugnissen für Zwangsmaßnahmen oder die Ausübung von physischem Zwang verbunden, da der Eigentümer eines stillgelegten Fahrzeugs die Möglichkeit habe, bei der zuständigen Behörde einen Widerspruch einzulegen. Als solche zähle die in Frage stehende Tätigkeit daher nicht unmittelbar und spezifisch zur Ausübung hoheitlicher Gewalt. Diese Aussagen überraschen insofern, als die zwangsweise Stilllegung eines Fahrzeugs sehr wohl einen Zwangscharakter aufweist, woran auch die (ja auch gegenüber behördlichen Entscheidungen in der Regel bestehende) Möglichkeit der Einlegung eines Widerspruchs nichts ändert. Entscheidend war für den *Gerichtshof* offenbar, dass die Entscheidung des Privaten wieder aufgehoben werden kann und als solche vom Staat beaufsichtigt wird. Verallgemeinert man diesen Ansatz, so dürfte bei der „Auslagerung“ gewisser staatlicher Aufgaben an Private nur in Ausnahmefällen eine Ausübung öffentlicher

---

<sup>31</sup> *EuGH*, Urt. v. 15.10.2015, Rs. C-168/14, ECLI:EU:C:2015:685 – Grupo Itevelesa.

Gewalt zu bejahren sein, dies zumindest, soweit die staatliche Aufsicht eng ist, ein Widerspruch eingelegt werden kann, keine physische Zwangsgewalt gegen Personen ausgeübt werden darf sowie die Befugnisse sehr genau umrissen sind, so dass kaum Entscheidungsautonomie besteht. Deutlich wird damit aber auch die sehr beschränkte Tragweite des Art. 51 AEUV.<sup>32</sup> Die in Frage stehende Maßnahme stelle sodann einen Eingriff in die Niederlassungsfreiheit dar, da Art. 49 AEUV jeder staatlichen Maßnahme entgegenstehe, die die Ausübung der vom AEUV gewährleisteten Niederlassungsfreiheit behindern oder weniger attraktiv machen kann und damit den Marktzugang von Unternehmen aus anderen Mitgliedstaaten beeinträchtigt. Eine solche Maßnahme könne zwar grundsätzlich durch die Anliegen der Straßenverkehrssicherheit und des Verbraucherschutzes gerechtfertigt sein. Jedoch meldet der *Gerichtshof* Zweifel in Bezug auf die Verhältnismäßigkeit an: Denn der Mindestabstand werde nur für Unternehmen derselben Unternehmensgruppe gefordert, so dass es zweifelhaft sei, ob das damit verfolgte Ziel (keine Ansiedlung in abgelegenen Gebieten) erreicht werden kann. In Bezug auf die Limitierung des Marktanteils sei nicht ersichtlich, warum diese zum Schutz der Verbraucher beitrage, ganz abgesehen davon, dass die Qualität der Dienstleistung unionsrechtlich geregelt sei. Bemerkenswert ist hier, dass der *EuGH* die Beurteilung der Verhältnismäßigkeit trotz seiner sehr klaren Formulierungen dem nationalen Gericht überantwortet, was sicherlich dem Charakter des Vorabentscheidungsverfahrens entspricht. Gleichwohl stellt sich in solch klaren Konstellationen die Frage, warum der *Gerichtshof* hier nicht noch etwas expliziter ist (immer unter Beachtung der Beschränkung seiner Befugnisse auf die Auslegung des Unionsrechts).

Obwohl es zahlreiche sekundärrechtliche Vorgaben gibt, welche die Erbringung von Dienstleistungen in einem anderen Mitgliedstaat sowie die Diplomanerkennung regeln (so insbesondere die Dienstleistungsrichtlinie, RL 2006/123, und die Diplomanerkennungsrichtlinie, RL 2005/36), gibt es nach wie vor Fallgestaltungen, die nicht durch sekundärrechtliche Regeln gedeckt sind, wie die Ausgangskonstellation in der Rs. C-342/14<sup>33</sup> illustriert: Hier ging es um eine Tätigkeit der Steuerberatung, die – wie der *EuGH* festhielt – gemäß Art. 16, 17 Nr. 6 RL 2006/123 vom Anwendungsbereich der Dienstleistungsrichtlinie ausgeschlossen ist. Die Diplomanerkennungsrichtlinie konnte schon deshalb nicht zum Zuge kommen, weil der Betreffende seine Dienstleistung von den Niederlanden aus Kunden in Deutschland anbot bzw. für diese erbrachte (sog. Korrespondenzdienstleistung) und nach Art. 5 RL 2005/36 diese Richtlinie nur für den Fall anwendbar ist, dass sich der Dienstleister in den Aufnahmestaat begibt. Somit war die Beschränkung der Dienstleistungsfreiheit – die darin bestand, dass nach deutschem Recht (§ 32 III StBerG) die Anerkennung einer Steuerberatungsgesellschaft (und damit auch die Möglichkeit, als Bevollmächtigte aufzutreten) den Nachweis erfordert, dass die Gesellschaft verantwortlich durch Steuerberater geführt wird – am Maßstab des Art. 56 AEUV zu messen. Im Ergebnis schloss der *Gerichtshof* auf einen Verstoß gegen Art. 56 AEUV, da keine Möglichkeit vorgesehen sei, die in einem anderen Mitgliedstaat erworbene berufliche Qualifikation des Dienstleistenden entsprechend anzuerkennen und zu berücksichtigen, womit der *Gerichtshof* die Erforderlichkeit der Maßnahme zur Verfolgung des angestrebten Ziels (Schutz der Verbraucher und Gewährleistung einer angemessenen Qualifikation der Steuerberater) verneinte.<sup>34</sup>

<sup>32</sup> S. in diesem Zusammenhang auch *EuGH*, Urt. v. 10.9.2015, Rs. C-151/14, ECLI:EU:C:2015:577 – Kommission/Lettland, wo der *Gerichtshof* in Anknüpfung an seine Rechtsprechung festhält, der Beruf des Notars falle auch in Lettland nicht unter die Ausnahme der Ausübung hoheitlicher Gewalt im Sinne des Art. 51 AEUV.

<sup>33</sup> *EuGH*, Urt. v. 17.12.2015, Rs. C-342/14, ECLI:EU:C:2015:827 – X-Steuerberatungsgesellschaft.

<sup>34</sup> S. ansonsten noch *EuGH*, Urt. v. 10.12.2015, Rs. C-594/14, ECLI:EU:C:2015:806 – Kornhaas, wo der *Gerichtshof* feststellte, die Anwendung einer nationalen Bestimmung wie § 64 II 1 GmbHG betreffe weder die Gründung einer Gesellschaft in einem bestimmten Mitgliedstaat noch ihre spätere Niederlassung in einem anderen Mitgliedstaat, da sie nur nach der Gründung der Gesellschaft im Rahmen ihrer Tätigkeit Anwendung finde, so dass die Niederlassungsfreiheit nicht beeinträchtigt sei. In *EuGH*, Urt. v. 17.12.2015, verb. Rs. C-25/14, C-26/14, ECLI:EU:C:2015:821 – UNIS, betont der *Gerichtshof* die sich aus Art. 56

Das Glücksspielrecht<sup>35</sup> war Gegenstand der Rs. C-463/13<sup>36</sup>, dies im Zusammenhang mit der Neuordnung eines Konzessionssystems in Italien für die Durchführung bestimmter Glücksspiele, die (auch) im Zuge des rechtswidrigen Ausschlusses bestimmter Wirtschaftsteilnehmer von früheren Ausschreibungsverfahren durchgeführt wurde. Der *Gerichtshof* hielt zunächst fest, dass in einer solchen Situation sowohl der Widerruf der alten Konzessionen als auch die Ausschreibung einer angemessenen Anzahl neuer Konzessionen geeignete Lösungen darstellten, die den Grundsätzen der Gleichbehandlung und der Effektivität entsprächen. Allerdings sei sicherzustellen, dass den bestehenden Betreibern gegenüber den neuen Konzessionären keine „zusätzlichen“ Wettbewerbsvorteile verschafft werden (verstoße dies doch gegen die genannten Grundsätze, zumal die bestehenden Betreiber bereits aufgrund der früheren Aufnahme ihrer Tätigkeit einen gewissen Wettbewerbsvorteil hätten). Allein der Umstand, dass die neuen Konzessionen eine kürzere Laufzeit aufwiesen, verstoße jedoch nicht gegen den Grundsatz der Gleichbehandlung und der Effektivität, dies jedenfalls soweit sie weniger belastend und in wirtschaftlicher Hinsicht weniger einschneidend sind und soweit sie auf alle Teilnehmer, einschließlich der bestehenden Konzessionäre, Anwendung finden. Im Übrigen könne ein solches Konzessionssystem – das einen Eingriff in Art. 49, 56 AEUV darstelle – durch zwingende Erfordernisse des Allgemeininteresses (nämlich Verbraucherschutz, Betrugsverbeugung und Vermeidung von Anreizen für die Bürger zu übermäßigen Ausgaben für Spiele) gerechtfertigt werden, wobei der *Gerichtshof* auch hier (einmal mehr) den besonderen Charakter der Regelung von Glücksspielen (bei denen beträchtliche sittliche, religiöse und kulturelle Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten bestehen) und den damit einhergehenden ausgesprochen weiten Gestaltungsspielraum der Mitgliedstaaten betont.

Ebenfalls das Glücksspielrecht betraf die Rs. C-98/14<sup>37</sup>. Der *Gerichtshof* stellte hier zunächst – in Bestätigung seiner Rechtsprechung, die eher geringe Anforderungen an das Vorliegen einer Grenzüberschreitung stellt – die Eröffnung des Anwendungsbereichs des Unionsrechts fest: Die das Glücksspielrecht regelnden nationalen (hier ungarischen) Vorschriften betreffen auch Unionsbürger aus anderen Mitgliedstaaten, die sich als Touristen in Ungarn aufhalten, so dass der Anwendungsbereich des Unionsrechts eröffnet sei. Denn eine Grenzüberschreitung sei auch dann gegeben, wenn Dienstleistungen von einem in einem Mitgliedstaat ansässigen Erbringer ohne Ortswechsel an einen in einem anderen Mitgliedstaat ansässigen Empfänger erbracht werden. Zudem könne nicht ausgeschlossen werden, dass Anbieter von Glücksspielen, die in

---

AEUV ergebende Transparenzpflicht im Fall der Verleihung eines ausschließlichen Rechts durch eine Behörde an eine Einrichtung (wobei sich eine fehlende Transparenz hauptsächlich zum Nachteil potenziell Interessierter aus anderen Mitgliedstaaten auswirke), dies auch, soweit dies im Zuge der Allgemeinverbindlicherklärung eines Tarifvertrages erfolgt; diese Transparenz, erfordere eine angemessene Öffentlichkeit, die es der zuständigen Behörde ermöglicht, mitgeteilte Informationen über das Vorliegen eines günstigeren Angebots in vollem Umfang zu berücksichtigen.

<sup>35</sup> S. zur bisherigen Rechtsprechung zuletzt *Epiney*, NVwZ 2015, 777 (782 f.).

<sup>36</sup> *EuGH*, Urt. v. 22.1.2015, Rs. C-463/13, ECLI:EU:C:2015:25 – Stanley Bet.

<sup>37</sup> *EuGH*, Urt. v. 11.6.2015, Rs. C-98/14, ECLI:EU:C:2015:386 – Berlington Hungary.



einem anderen Mitgliedstaat ansässig sind, ein Interesse daran haben, in Ungarn Glücksspielstätten zu eröffnen. Sodann verneinte der *Gerichtshof* bereits das Vorliegen einer Beschränkung des Art. 56 AEUV für den Fall, dass eine nationale Maßnahme einzig zusätzliche Kosten für die betreffende Leistung verursacht, sofern die Erbringung von Dienstleistungen zwischen Mitgliedstaaten in gleicher Weise wie ihre Erbringung innerhalb eines einzigen Mitgliedstaats berührt wird, dies unter Hinweis auf die verb. Rs. C-544/03 und Rs. C-545/03<sup>38</sup>. Daher sei eine Erhöhung der Pauschalsteuer auf den Betrieb von Geldspielautomaten in Spielhallen und die Einführung einer Proportionalsteuer auf diese Tätigkeit – mangels des Vorliegens eines diskriminierenden Elements – nicht an Art. 56 AEUV zu messen. Etwas anderes gelte jedoch dann, wenn diese steuerlichen Maßnahmen dazu führten, dass die Betreiber von Spielhallen an einer rentablen Nutzung der erfassten Automaten gehindert seien und damit eine *De-facto*-Exklusivität für Spielkasinos für diese Tätigkeit einhergehe, seien hier doch vergleichbare Auswirkungen wie bei einem Verbot des Betriebs von Geldspielautomaten außerhalb von Spielkasinos zu gewärtigen. Man wird aus diesem Urteil (wie schon in den verb. Rs. C-544/03 und C-545/03 zum Ausdruck kam) schließen können, dass die sog. Keck-Rechtsprechung als solche zwar im Rahmen der Dienstleistungsfreiheit nicht herangezogen wird, gleichzeitig jedoch eine strukturell bzw. dogmatisch ähnlich gelagerte Einschränkung der Tragweite des Art. 56 AEUV angenommen wird. Ausschlaggebend ist danach, dass die Erbringung der Dienstleistung als solche nicht beschränkt wird und dass die betreffende Maßnahme nicht diskriminierenden Charakter hat. Allerdings – auch insoweit eine gewisse Parallelität zum freien Warenverkehr – ist Art. 56 AEUV jedenfalls dann einschlägig, wenn die zur Debatte stehende Maßnahme auf ein Marktzugangshindernis für die Erbringung der betreffenden Dienstleistung hinausläuft, wobei es notwendig ist, dass ihre Wirkungen denjenigen eines Verbots im Wesentlichen gleichkommen. Ein solches Verbot stelle – so der *Gerichtshof* weiter – jedenfalls eine Beschränkung des freien Dienstleistungsverkehrs dar, die zwar grundsätzlich aus zwingenden Gründen des Allgemeininteresses gerechtfertigt werden könne, dies jedoch nur, soweit wirklich solche Ziele (Schutz der Verbraucher vor Spielsucht sowie Bekämpfung von Kriminalität im Zusammenhang mit Glücksspielen) in kohärenter und systematischer Weise verfolgt werden (dem stehe jedenfalls nicht entgegen, dass eine Beschränkung von Glücksspieltätigkeiten als Nebenfolge auch Steuereinnahmen bringt) und soweit den Grundsätzen der Rechtssicherheit und des Vertrauensschutzes sowie dem Eigentumsrecht Rechnung getragen wird. Die Ausführungen des *Gerichtshofs* legen es freilich nahe, dass er gewisse Zweifel daran hegt, dass vorliegend diesen Anforderungen entsprochen wird (was jedoch das nationale Gericht zu prüfen habe). Insbesondere weist er auf das Fehlen von Übergangslösungen hin, was angesichts der konkreten Umstände des Ausgangsfalls in Konflikt mit dem Grundsatz der Rechtssicherheit stehen könne. Falls ein Verstoß gegen Art. 56 AEUV (auch ein solcher durch eine gesetzgeberische Tätigkeit) zu bejahen sein sollte, könne

---

<sup>38</sup> *EuGH*, verb. Rs. C-544-545/03, ECLI:EU:C:2005:518 – Mobistar.

der unionsrechtlich verankerte Anspruch auf Schadensersatz zum Zuge kommen, sollte Art. 56 AEUV doch Rechte Einzelner verleihen.<sup>39</sup>

### III. Gleichbehandlung von Mann und Frau

Die RL 96/34<sup>40</sup> sieht ein Recht auf Elternurlaub unter gewissen Voraussetzungen vor. In der Rs. C-222/14<sup>41</sup> hatte der *Gerichtshof* darüber zu befinden, ob eine nationale Regelung, wonach Beamten (nicht hingegen Beamtinnen) dann kein Anspruch auf Elternurlaub zusteht, wenn ihre Ehegattin keine Berufstätigkeit ausübt, es sei denn, sie kann aus gesundheitlichen Gründen die Kinderbetreuung nicht wahrnehmen, mit der genannten Richtlinie im Einklang steht. Wenig überraschend verneinte der *Gerichtshof* diese Frage: Denn der Anspruch auf Elternurlaub sei als individueller Anspruch ausgestaltet, womit zusätzliche Bedingungen betreffend die (fehlende) berufliche Tätigkeit der Ehegattin nicht in Einklang stünden. Zusätzlich liege auch ein Verstoß gegen die Gleichbehandlungsrichtlinie (RL 2006/54<sup>42</sup>) vor, da sich die genannte Regelung nur auf Väter, nicht hingegen Mütter beziehe und kein Rechtfertigungsgrund ersichtlich sei; vielmehr trage die Regelung gar zur Festigung herkömmlicher Rollenvorstellungen bei.<sup>43</sup>

In der Rs. C-65/14<sup>44</sup> ging es um den nach der RL 92/85 zu gewährenden Mutterschaftsurlaub: Wenn eine Arbeitnehmerin den Status oder die Beschäftigung beim selben Arbeitgeber ändert (im Ausgangsfall von Beamtin zur Angestellten) dürfe für die Entstehung des Anspruchs auf Mutterschaftsurlaub keine neue Wartezeit (also eine Mindestarbeitsdauer vor dem Zeitpunkt der Entstehung des Anspruchs auf Mutterschaftsurlaub) verlangt werden, werde ansonsten doch der durch die Richtlinie angestrebte Mindestschutz in Frage gestellt.

Die Auslegung des Art. 18 RL 2006/54 (Gleichbehandlungsrichtlinie) – wonach die Mitgliedstaaten dafür zu sorgen haben, dass Personen der ihnen durch eine Diskriminierung aufgrund des Geschlechts entstandene Schaden tatsächlich und wirksam ausgeglichen und ersetzt wird, wobei dies auf eine abschreckende und dem erlittenen Schaden angemessene Art und Weise zu geschehen hat – war Gegenstand der Rs. C-407/17<sup>45</sup>. Diese Bestimmung schreibe

---

<sup>39</sup> S. ansonsten noch *EuGH*, Urt. v. 17.11.2015, Rs. C-115/14, ECLI:EU:C:2015:760 – *Regio Post* (Vereinbarkeit einer gesetzlichen Regelung mit dem Unionsrecht, wonach die Vergabe öffentlicher Aufträge von der Verpflichtung zur Zahlung von Mindestlohn abhängig gemacht wird).

<sup>40</sup> RL 96/34 zu der von UNICE, CEEP und EGB geschlossenen Rahmenvereinbarung über Elternurlaub, ABl. 1996 L 154, 4.

<sup>41</sup> *EuGH*, Urt. v. 16.7.2015, Rs. C-222/14, ECLI:EU:C:2015:473 – *Maistrellis*.

<sup>42</sup> RL 2006/54 zur Verwirklichung des Grundsatzes der Chancengleichheit und Gleichbehandlung von Männern und Frauen in Arbeits- und Beschäftigungsfragen, ABl. 2006 L 204, 23.

<sup>43</sup> S. ansonsten noch *EuGH*, Urt. v. 14.4.2015, Rs. C-527/13, ECLI:EU:C:2015:215 – *Fernandez* (Verneinung des Vorliegens einer mittelbaren Diskriminierung in Bezug auf eine sozialversicherungsrechtliche Regelung, die bestimmte Teilzeitbeschäftigte benachteiligt, da nicht belegt sei, dass die Gruppe der Benachteiligten mehrheitlich Frauen sind, wobei der *Gerichtshof* maßgeblich auf die statistischen Zahlen abzustellen scheint).

<sup>44</sup> *EuGH*, Urt. v. 21.5.2015, Rs. C-65/14, ECLI:EU:C:2015:339 – *Rosselle*.

<sup>45</sup> *EuGH*, Urt. v. 17.12.2015, Rs. C-407/14, ECLI:EU:C:2015:831 – *Camacho*.

zwar keine bestimmte Maßnahme vor; jedoch müsse sichergestellt sein, dass der entstandene Schaden vollumfänglich ausgeglichen wird; hingegen verlange sie nicht, dass der betroffenen Person darüber hinaus eine Art „Strafschadensersatz“ (und damit eine Sanktionsmaßnahme) zugesprochen werden muss oder kann.